

Wertebindung
statt Beliebigkeit

Die neue CDU wird gebraucht

Jürgen Rüttgers

Warum ist Gerhard Schröder heute Bundeskanzler und nicht Rudolf Scharping oder Oskar Lafontaine? Die Antwort ist einfach. Er hatte als einziger aus der Troika verstanden, dass mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende des Kalten Krieges in den Jahren 1989 und 1990 nicht nur die Teilung unseres Vaterlandes zu Ende gegangen war. Damals war auch der Sozialismus historisch und endgültig gescheitert. Seit dieser Zeit war er auf der Suche nach neuen Inhalten. „Es gibt keine rechte und keine linke Wirtschaftspolitik.“ – dieser Satz markiert seine Erkenntnis. Seitdem ist die SPD programmatisch eine leere Hülle. Schröder hat das Problem erkannt, gelöst hat er es bis heute nicht. Vor der Bundestagswahl 1998 gelang es ihm mithilfe von Oskar Lafontaine, die inhaltliche Leere zu überspielen. Als Bundeskanzler verdeckt er sie mit pragmatischem Regieren, populistischen Aussprüchen und einer Fülle von Aufsätzen.

Gescheitertes Projekt

Der Sozialismus als politisches Projekt ist mit der friedlichen Revolution in der DDR und dem Fall des Eisernen Vorhangs gescheitert. Deshalb suchen die SPD und ihr Vorsitzender jetzt eine neue Positionierung. Dem dienen das Projekt „Neue Mitte“, der „Dritte Weg“, die Rede von der Zivilgesellschaft. Die CDU soll aus der Mitte verdrängt werden. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, der aus jeder Idee seines Vorsitzenden eine historische Gesetzmäßigkeit macht, erklärt die

CDU zur Nachkriegspartei, die den gesellschaftlichen Wandel verschlafen habe. Dabei weiß er doch, dass die SPD sogar Vorkriegspartei und damit noch älter ist. Die rechte Volkspartei CDU/CSU habe ihre Mitte, ihre Selbstgewissheit verloren und sei aus der Mitte der Gesellschaft gerückt. Das Zentrum der Gesellschaft habe sich verschoben. Die linke Volkspartei SPD, so Müntefering, das sei die Mitte. Da ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Und deshalb war die Antwort der CDU richtig: Wir stehen „mitten im Leben“.

Dennoch darf die Union diesen Angriff nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die CDU hat mit der Bundestagswahl ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren. Nicht weil sie am Ende ihrer langen Regierungszeit zu wenige Reformen angepackt hatte, sondern weil sie versuchte, diese ohne Rücksicht auf die Menschen durchzusetzen. Sie hat die Menschen nicht mitgenommen und war eben nicht mehr mitten im Leben.

Die SPD beabsichtigt nun, der CDU die Wirtschaftskompetenz auf Dauer abzunehmen. Als Partei der Globalisierung und Modernisierung soll sich die SPD präsentieren. Zeitweise ist ihr das schon gelungen. Dies hat aber dazu geführt, dass die SPD die Kompetenz für soziale Gerechtigkeit in den Augen der Bevölkerung zum Teil verloren hat. Die Wirtschaftskompetenz ist seit ihrer Gründung Markenzeichen der CDU. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Der Angriff der SPD ist deshalb für die CDU

eine beachtliche Herausforderung. Aus Angst vor dem Verlust der Wirtschaftskompetenz darf die CDU nun aber nicht eine Form des Neokapitalismus zum Programm erheben. Sie darf auch nicht den schlecht gemeinten Ratschlägen folgen, in Deutschland fehle eine überzeugende konservative Partei. Jede Form von Konservatismus als Parteiideologie, ob pur oder mitfühlend, führt in den Dreißig-Prozent-Turm – und zwar für immer. Die CDU muss um die Mitte kämpfen, wie schon bei ihrer Gründung.

Wenige Tage nachdem er in Neheim-Hüsten im Sauerland zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt worden war, hat Konrad Adenauer zum Standort der CDU erklärt: „Wir sind keine Rechtspartei, wir sind auch keine gemäßigte Linkspartei. Wir sind eine weltanschaulich fundierte Partei eigenen Charakters und eigener Prägung.“ Wahlen werden in der Mitte gewonnen und nicht am Rand, weder am linken noch am rechten. Das war damals so. Das gilt auch in Zukunft.

Erfolgreiche Wende

Wo aber ist die Mitte? Die Mitte ist nicht statisch. Sie verändert sich wie die Menschen. Wo gestern Mitte war, kann heute schon Abseits sein. Schröders Strategie ist klar. „Nicht die Suche nach dem Grand Design, sondern die konkrete Umsetzung der notwendigen Reformen ist Aufgabe und Politik der SPD“, so sein Sprachrohr Müntefering. Deshalb übernimmt er konsequent Positionen, die die CDU lange Zeit vertreten hat: Es gibt kein Recht auf Faulheit. Familie ist wichtig. Europa hat Zukunft. Es gibt keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik, sondern nur moderne und unmoderne Elitebildung ist notwendig und so weiter.

Die CDU sollte die Übernahme ihrer Positionen nicht beklagen. Sie hat den Kampf der achtziger und neunziger Jahre um die geistig-moralische Wende gewonnen.

Bei der geistig-moralischen Wende ging es nicht um ein *roll-back* in die sechziger Jahre. Sie war kein moralischer Feldzug, sondern ein politisches Projekt. Und sie war erfolgreich.

Dass Schule etwas mit Erziehung zu tun hat, darüber herrscht heute kein Streit mehr. Die SPD räumt heute alle Positionen, die sie in den letzten dreißig Jahren bildungspolitisch vertreten hat.

Leistung als Voraussetzung für bessere Lebenschancen und Wettbewerb, als zentrales ökonomisches und gesellschaftliches Regulativ ist heute nahezu konkurrenzlos.

Der technische Fortschritt ist kein Arbeitsplatzkiller mehr, der Arbeitgeber kein Ausbeuter. Die Gentechnik ist allgemein akzeptiert, die multikulturelle Gesellschaft keine Erlösung mehr.

Kriminalitätsbekämpfung durch Sozialpädagogik, Deutschland als Weltmoderator ohne eigene Interessen, Staatsdefizite als Ausweis moderner Wirtschaftspolitik – die gesamte Verschlagwortung des Kodex einer linken Deutungshegemonie für die politische und geistige Situation ist heute eher amüsant als politisch provozierend.

Die CDU hat gewonnen. Sie sollte jubeln, statt zu klagen. Dies kann sie aber nicht, weil sie kulturell gewonnen, die Bundestagswahl jedoch verloren hat. Und sie spürt, dass auch sie neue Antworten braucht, weil die Welt sich geändert hat.

Die schlechte Stimmung in der CDU kommt daher, dass sie in den letzten Jahren ihrer Regierungszeit sich kaum programmatisch weiterentwickelt hat. Während Schröder regiert und zumindest Aufmerksamkeit erregt, wenn er linke Positionen räumt und bürgerliche übernimmt, nervt die CDU die Frage nach ihren Alternativen. „Union gleich Langeweile“, schreibt Ulrich Reitz, und Wolfgang Storz bemerkt: „Die Linken sind Ex-Linke oder Kolumnisten geworden. Und nun sind die Ex-Linken an der Regierung

und lassen für eine programmatische konservative Opposition nichts mehr übrig.“

Wo ist der Ausweg? Die CDU braucht ein neues Projekt, für das es sich zu streiten lohnt. Politische Mehrheiten werden sich zukünftig eher kulturell als politisch definieren. Das neue Projekt heißt deshalb *politisch-kultureller Wandel*. Bei diesem Projekt geht es zunächst darum, einen Modernitätsvorsprung zurückzugewinnen. Das bedarf in der CDU einer Öffnung für ein breiteres Spektrum von Biografien, Lebensstilen und politischen Gesichtern. Das erfordert auch Selbstbeschränkung und einen pfleglichen Umgang mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen. Ziel ist dabei die Umgestaltung der CDU zu einer runderneuerten Volkspartei mit Kontakten zu allen gesellschaftlichen Institutionen. Dazu bedarf es zweier Entscheidungen:

Erstens: Während die SPD dabei ist, eine Netzwerkorganisation nach Vorbild der siebziger Jahre aufzubauen, gilt in der CDU noch immer die Forderung nach Präsenz in allen gesellschaftlichen Gruppen. In jedem Vereinsvorstand, in jeder Schulpflegschaft, in jedem Kindergartenrat soll möglichst ein CDU-Mitglied vertreten sein und dort die Positionen der CDU vertreten. Dieses Wunschbild entspricht immer weniger der Realität. Rund eine Million Mitglieder von CDU und CSU, von denen wie in den anderen Parteien etwa zehn bis fünfzehn Prozent aktiv mitarbeiten, sind nicht in der Lage, diese Aufgabe zu schultern.

Da in der Mediengesellschaft zudem Entscheidungen in der Regel nicht von der Basis gefällt werden, sondern allenfalls die Grundentscheidungen, fehlt auch die notwendige direkte Kommunikation, um ein solches Konzept durchzusetzen. Statt des Konzeptes der Mitarbeit im so genannten vorpolitischen Raum sollte ein Konzept der Vertrauensarbeit entwickelt werden. Nicht die CDU erklärt

die Gesellschaft zum vorpolitischen, also nachrangigem, Raum und versucht ihn zu bestimmen, sondern sie öffnet sich und lässt die Gesellschaft in der Partei mitarbeiten, um Vertrauen für ihre politischen Entscheidungen in der Gesellschaft zu gewinnen. Das hat Konsequenzen. Die CDU wird anders werden.

Die zweite Entscheidung: Die siebziger Jahre waren die Zeit der Mitbestimmung, der Partizipation. Macht sollte geteilt werden, die Betroffenen mitentscheiden können. Heute wollen die Menschen in Dingen, die sie selbst unmittelbar betreffen, aber selbst entscheiden. Dazu brauchen sie weder Gewerkschaften, Parteien oder Vereine. Die CDU war immer ein Verfechter der repräsentativen Demokratie. Sie hat sich bewährt. Sie sollte aber ergänzt werden durch Elemente bürgerschaftlicher Selbstbestimmung. Denn wo es solche Elemente gibt, wie bei den Direktwahlen von Bürgermeistern, beim Kumulieren und Panaschieren, bei kommunalen Volksbegehren, gibt es gute Erfahrungen. Warum sollte die CDU nicht auch auf Bundes- und Landesebene Vertrauen in die Urteilskraft der Bürger haben? Übrigens, die meisten Möglichkeiten zur bürgerschaftlichen Selbstbestimmung gibt es in Bayern. Die CDU hat keine Angst vor den Menschen, und das muss sie auch zeigen.

Die freiheitliche Moderne

Die CDU muss Vertrauen zurückgewinnen, indem sie Widersprüche zwischen der Lebenswirklichkeit der Menschen und ihrer Politik beseitigt. Die CDU versteht sich als Partei mit christlichen, liberalen, sozialen und konservativen Wurzeln. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Die Industriegesellschaft geht. Die Wissensgesellschaft kommt. In einer Zeit des Umbruchs muss eine politische Partei Klarheit schaffen, ob sie Altes verteidigen oder Neues schaffen will.

Ich sehe und höre jetzt schon wieder das Argument, die Alternative sei zu einfach. Die das sagen, haben Recht. Und dennoch bleibt die Frage: Will die CDU die Fortführung der Moderne, oder will sie gegen den Zeitgeist kämpfen? Als Moderne bezeichnet man die Zeit, in der gesellschaftliches und politisches Leben auf Zukunft ausgerichtet war und ist. Der Kampf um eine bessere Zukunft steht hier im Mittelpunkt des Handelns. Moderne ist kulturell definiert als vorherrschende Mentalität einer Epoche, die der Zukunft zugewandt ist. Diese Zukunft soll für die Menschen anders und besser sein als die Gegenwart.

„Die Moderne ist dann zu Ende, wenn Wörter wie Fortschritt, Vorreiterrolle, Entwicklung, Emanzipation, Befreiung, Wachstum, Akkumulation, Aufklärung, Verbesserung oder Avantgarde ihre Anziehungskraft verlieren und nicht mehr als Anleitung für soziales Handeln dienen. [...] Die Vormoderne blickt zurück auf die Vergangenheit, auf vergangene Erfahrungen und macht sie zum Vorbild hinsichtlich Weisheit, Schönheit oder Herrlichkeit. Die Moderne richtet ihren Blick auf die Zukunft, setzt Hoffnung auf sie, entwirft sie. Die Postmoderne hat jedes Gefühl für die Zeit und ihren Verlauf verloren oder verworfen. Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart sind allesamt zur virtuellen Realität geworden beziehungsweise zu beliebig kombinierbaren Elementen.“ – so schreibt der schwedische Soziologe Therborn. Legt man diese Maßstäbe zu Grunde, dann sind Schröder und seine neue Mitte ein Produkt der Postmoderne. Und die Politik der SPD ist ja auch geprägt von postmoderner Belieblichkeit.

Die Moderne darf nicht durch die Postmoderne abgelöst werden. Die Postmoderne ist sich selbst genug. Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart sind für sie nur der Steinbruch der Realitäten. Die Postmoderne ist nicht mehr kreativ. Sie

entlehnt, statt zu schaffen. Die Moderne des zwanzigsten Jahrhunderts wollte Zukunft für Kollektive schaffen. Die Moderne des 21. Jahrhunderts muss Zukunft für den Einzelnen und seine Gemeinschaften schaffen. Insoweit muss sie eine freiheitliche Moderne sein. In ihr wird der Mensch im Mittelpunkt stehen mit all seinen Begabungen und Fähigkeiten, mit all seinen Fehlern, aber berufen zu Freiheit und Verantwortung.

Christliches und demokratisches Zukunftsverständnis

Die Entscheidung für die Moderne hat Konsequenzen. Wer für die Moderne eintritt, für den ist die Nation kein Wert an sich. Christ sein, Demokrat sein ist für unsere Identität wichtiger als nationale Selbstbefriedigung, sagt Heiner Geißler. Freiheit ist wichtiger als Frieden.

Die Soziale Marktwirtschaft war und ist der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Wettbewerb ist die beste freiheitliche Organisationsform, die Menschen entwickelt haben. Der Markt ist das beste System, um gerechte Preise für Produkte, Leistungen und Informationen zu ermitteln. Aber es darf nicht alles ökonomisiert werden. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Man kann nicht Mobilität predigen und gleichzeitig das Hohelied der Familie singen. Die Frage muss beantwortet werden, ob wir flexible Arbeitsplätze wollen oder flexible Familien. Wer für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Familien- und Frauenpolitik eintritt, muss Ganztagschulen anbieten. Wer für die Integration der hier lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft eintritt, darf den Arbeitskräftebedarf nicht zum alleinigen Maßstab von Zuwanderung machen. Wer gegen unverbundene Parallelgesellschaften und eine multikulturelle Leitidee ist, muss für die Integration der hier rechtmäßig und dauerhaft lebenden Ausländer eintreten. Solche Erkenntnisse

setzen sich mehr und mehr durch. Selbst Franz Müntefering und Peter Struck sind jetzt der Meinung, dass die Ausbildung Priorität hat vor der Einwanderung. Wer Bildungschancen für alle will, darf nicht nur von Eliteförderung reden, sondern er muss auch praktisch Begabte fördern. Wer von Bildung spricht, darf das Schul- und Hochschulsystem nicht ausschließlich dem Diktat der Ökonomie unterwerfen. Es gibt ein Recht auf Faulheit, nur muss die Gesellschaft diese nicht finanzieren. Und solange es in den neuen Bundesländern zu wenige Arbeitsplätze gibt und in den alten Ländern keinen Niedriglohnsektor, ist die Debatte darüber allenfalls zynisch. Die Liste der Beispiele lässt sich verlängern.

Wertebindung versus Beliebigkeit

Wer eine bessere Zukunft gestalten will, wer eine solidarische Gesellschaft will, wer Freiheit, Würde und Verantwortung zum Leitbild unserer Zukunft machen will, der muss der Politik der postmodernen Beliebigkeit eine wertegebundene Politik entgegensetzen.

- Die vereinigten Staaten von Europa werden auch im 21. Jahrhundert Frieden und Freiheit garantieren können, aber nur auf der Grundlage der Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes.
- Arbeit für alle sichert den Menschen nicht nur Einkommen, sondern Selbstachtung, ja sogar Lebenssinn. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als das erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell des zwanzigsten Jahrhunderts erwiesen. Sie muss fit gemacht werden für den Übergang zur Wissensgesellschaft. Die Wettbewerbspolitik muss wieder entdeckt werden. Das Recht der Arbeit muss reformiert werden. Ein Niedriglohnsektor muss aufgebaut werden. Die sozialen Sicherungssysteme müssen finanzierbar und generationengerechter werden.

- Bildung für alle heißt, jedem alle Chancen zu geben, aus seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten das Beste zu machen. Schule soll nicht mehr Gesellschaft verändern, sondern den einzelnen Menschen befähigen. Bildung beinhaltet auch soziale Aufstiegsmöglichkeiten.

Deshalb geht es nicht darum, eine Elitebildung für wenige durchzusetzen, sondern darum, ein vielfältiges Bildungsangebot zu schaffen, das jedem optimale Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Dazu müssen die Lehrpläne vereinfacht und eine moderne Allgemeinbildung zur Aufgabe der schulischen Erstausbildung gemacht werden. Zu dieser modernen Allgemeinbildung gehört eine berufliche beziehungsweise humanistische oder technisch-naturwissenschaftliche Ausbildung. Der dritte Abschnitt ist die Meisterausbildung oder das praxisorientierte beziehungsweise wissenschaftliche Studium. Die vierte Phase ist eine berufs begleitende oder -ergänzende Weiterbildung (lebenslanges Lernen).

- Familie ist die beste Form, in der Menschen Geborgenheit, Verlässlichkeit und Zuwendung erfahren. Unsere Gesellschaft ist noch nicht kinder- und familienfreundlich. Kinder sind bei uns ein großes Armutsrisiko. Unsere Institutionen, die Arbeitswelt, das Steuer- und Sozialsystem sind viel zu kinder- und familienfeindlich. Deshalb gibt es auch zu wenige Kinder in Deutschland. Wer für das Leben eintritt, muss die Gesellschaft kinder- und familienfreundlich machen.
- Wir beuten heute die Zukunft aus. Wir sollten sie gestalten. Eine wertegebundene, nachhaltige Politik tritt für eine Lebens- und Umweltpolitik ein, die unsere *eine Welt* schont, statt sie zu zerstören.

Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen muss durch eine nachhaltige Finanzpolitik wiederhergestellt werden. Die Politik der Schulden zu Lasten kom-

mender Generationen muss beendet werden.

Forschung muss nachhaltig gefördert werden, um besser mit Hunger, Krankheit und Elend fertig zu werden. Das gilt auch für die Gentechnik. Die Grenze ist aber da, wo menschliches Leben zerstört und die Menschenwürde beschädigt wird. Politik für das Leben umfasst das ganze Leben, vom Anfang bis zum Ende. Das Unrecht der Spätabtreibungen muss beendet, Euthanasie verhindert werden. Wer den Menschen zum Objekt macht, verstößt gegen die Menschenwürde.

Indem die SPD von Modernisierung und Globalisierung, vom „Dritten Weg“ und „Neuer Mitte“, von Modernisierung und Teilhabe redet, glaubt sie die Veränderungen unserer Zeit ausreichend beschrieben zu haben. Es ist aber nicht die Globalisierung, die unsere Welt verändert, der Traum von einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der den Weg beschreibt, das hektische Reagieren auf den täglichen Skandal, der Regierungskunst ausmacht. Wer die Menschen auf den Weg in die Zukunft mitnehmen will, wer Veränderung möglich machen will, der muss ein Ziel haben, das er erreichen will, und Werte, die den Weg markieren. Der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist die große Veränderung unserer Tage.

Koordinaten und Ziele

Die Menschen wollen wissen, wohin die Reise geht. Die Menschen wollen Ver-

trauen, und die Politik braucht Vertrauen angesichts der Undurchschaubarkeit von Abläufen und Zuständen in unseren Tagen. Wer aber die Einzelheiten nicht mehr versteht, will wenigstens wissen, wo das Ziel ist.

Die Sozialdemokraten sind ratlos. Ihnen fehlen die Koordinaten und Ziele auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Der organisierte Liberalismus hat keine Funktion mehr, liberal sind alle.

Die Grünen-Projekte sind zu den Akten gelegt. Die Begeisterung ist beim Machterhalt auf der Strecke geblieben.

In einer solchen Zeit muss die CDU wieder beginnen, über ihre großen Ziele zu reden:

- von der *Freiheit*, die immer wieder erkämpft werden muss gegenüber der Fremdbestimmung und Manipulation durch staatliche und private Monopole und die es ermöglicht, das Leben eigenverantwortlich zu gestalten
- vom *Frieden*, der möglich ist in der *einen Welt* und in einem vereinten Europa
- von der *Gerechtigkeit*, indem jeder seine Lebenschance bekommt
- von der *Solidarität*, die Heimat und Familie ermöglicht und vor sozialer Not und existenziellen Risiken schützt.

Kurz: von der Freiheit, die Gerechtigkeit erst möglich macht, von der Sicherheit, die durch Solidarität entsteht, und vom Frieden, der immer wieder gesichert werden muss.

So holen wir die Menschen ab, wo sie sind. So nehmen wir sie mit in ein neues Jahrhundert.

Gags statt Politik

„Die Entpolitisierung der Politik hat zur Verachtung und Vereinsamung der Parteien erst recht beigetragen. An die Stelle der Programme haben die Parteien Gags gesetzt, statt stabiler Identitäten haben sie kurzlebige Images gewählt, statt Orientierung versuchen sie es mit Marketing, statt selbstbewusst zu führen, lassen sie sich von Spindoktoren inszenieren.“

(Franz Walter in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10/2001)